

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet

Gendern ohne Mehrheit

Seite 2



Interview mit Dieter Stein

Seite 4 bis 5



Unterlagen zur Volksabstimmung

Seite 8



Liebe Leser,



Eine verrückte und gefährliche Ideologie breitet sich insbesondere in Deutschland rasend aus. Ihre Fürsprecher – linksgrüne Politiker und Journalisten – behaupten, das Geschlecht sei ein „Konstrukt“. Die Sprache müsse jetzt gendersensibel werden. Dieser Wahnsinn kostet viel Steuergeld und verdirbt unsere schöne deutsche Sprache.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag 2020 wird das Gendersternchen genutzt. Dort spricht man von Wortungetümen wie „Schüler*innenaustausche“ oder „Passivraucher*innenschutzverordnung“. Die SPD Hamburg schreibt sogar von „Mitglieder:innen“. Gleichstellungsbeauftragte und „Diversitätsagentinnen“ legen schwarze Listen an: „Milchmädchenrechnung“ und „Mannschaft“ sollten besser vermieden werden.

In Deutschland gibt es mehr als 200 Gender-Lehrstühle und –Zentren. Für Pharmazie sind es nur 190, für alte Sprachen rund 120 Professuren. Gender ist überall.

Aber der Widerstand wächst – auch in Hamburg. Die Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ will diesen ideologischen Blödsinn ausbremsen und verhindern. Die Initiative fordert, dass in allen staatlichen Verwaltungen und Bildungseinrichtungen das amtliche Regelwerk des „Rats für deutsche Rechtschreibung“ gelten soll. Schicken wir die Gendersprache dahin, wo sie hingehört - auf den Müllhaufen der Geschichte!

Ihr Dirk Nockemann
Fraktionsvorsitzender

Ihre Stimme gegen Gendersprache!



Das Volksbegehren der Volksinitiative „Schluss mit der Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ läuft vom 8. bis zum 28. August. In der Ferienzeit müssen mindestens 70.000 Unterschriften gesammelt werden. Das sind im Schnitt 700 Stimmen pro Hamburger Stadtteil. Wird diese Hürde erfolgreich genommen, dann wird es Anfang 2025 einen Volksentscheid darüber geben.

Die AfD-Fraktion forderte bereits 2018 in einem Antrag: „Gendersprache im Hamburger Staat und in der Verwaltung abschaffen“. Im April 2021 stellte die AfD-Fraktion den Antrag „Korrektes Hochdeutsch und gegen Umerziehung – Keine Verpflichtung zur Gendersprache in Hamburgs Behörden!“. Anfang 2023

versuchte es die AfD-Fraktion mit dem Antrag „Gendersprache in Hamburger Schulen stoppen“. Alle Anträge wurden von allen Fraktionen abgelehnt.

Die AfD-Fraktion ist die erste und einzige Fraktion, die sich gegen Gendergaga gestellt hat. Dabei lehnt eine satte Mehrheit der Bürger die von oben herab diktierte linksgrüne Gendersprache ab. Sie ist freiheits- und demokratiefeindlich und spaltet unsere Gesellschaft. Die deutsche Sprache ist schön so wie sie ist – sie darf nicht zum Werkzeug linksgrüner Sozialisten werden. Machen Sie mit. Geben Sie Ihre Stimme für unsere Sprache und gegen den Genderwahn. Formular auf der letzten Seite ausfüllen und abschicken!

Mehrheit gegen Gendergaga

Wolf: Linke Ideologie auf dem Vormarsch

In Hamburg bewegt sich was. Eine Volksinitiative „Schluss mit der Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ will Gendersternenchen und -doppelpunkte im Hamburger Amtsdeutsch verbieten. Das Volksbegehren ist gerade angelaufen.

Linke Ideologie auf dem Vormarsch
Gendern ist mehr als Sprache: Es geht nicht nur um skurrile Knacklaute beim Sprechen oder Satzzeichen mitten in Wörtern. Beim Gendern geht es um den linken Anspruch, die Gesellschaft durch eine Änderung der Sprachgewohnheiten radikal umzubauen. Außerdem werden biologische Tatsachen geleugnet. Gendern ist keine Wissenschaft, sondern eine linke Ideologie zur Um-erziehung der Menschen.

Bürger gegen Gendern

Die Deutschen haben dazu eine eindeutige Meinung, wie eine repräsentative Umfrage zeigt. Laut Meinungsforschungsinstitut Civey lehnen 80 Prozent der deutschen Bundesbürger ab 18 Jahren Gendern ab. Lediglich 14 Prozent befürworten für sich persönlich das Gendern, 6 Prozent sind unentschieden.

Gendern gefährliche Kunstsprache

Die Hamburger AfD-Fraktion ist die erste und einzige Fraktion, die sich gegen Gendergaga gestellt hat. Diese Kunstsprache ist eines der gefährlichsten grünen Ideologieprojekte. Sie ist freiheits- und demokratiefeindlich und spaltet die Gesellschaft. Die deutsche Sprache ist schön so wie sie ist – sie darf nicht zum Werkzeug linksgrüner Sozialisten werden!

AfD gegen Gendern

Die AfD-Fraktion setzte sich bereits im Jahre 2018 in einem Antrag dafür ein, „Gendersprache im Hamburger Staat und in der Verwaltung“ abzuschaffen. Im April 2021 stellte die AfD-Fraktion den Antrag „Korrektes Hochdeutsch und gegen Um-erziehung – Keine Verpflichtung zur Gendersprache in Hamburgs Behörden!“. Anfang 2023 versuchte es die AfD-Fraktion mit dem Antrag „Gen-

dersprache in Hamburger Schulen stoppen“. Sämtliche Anträge wurden abgelehnt.

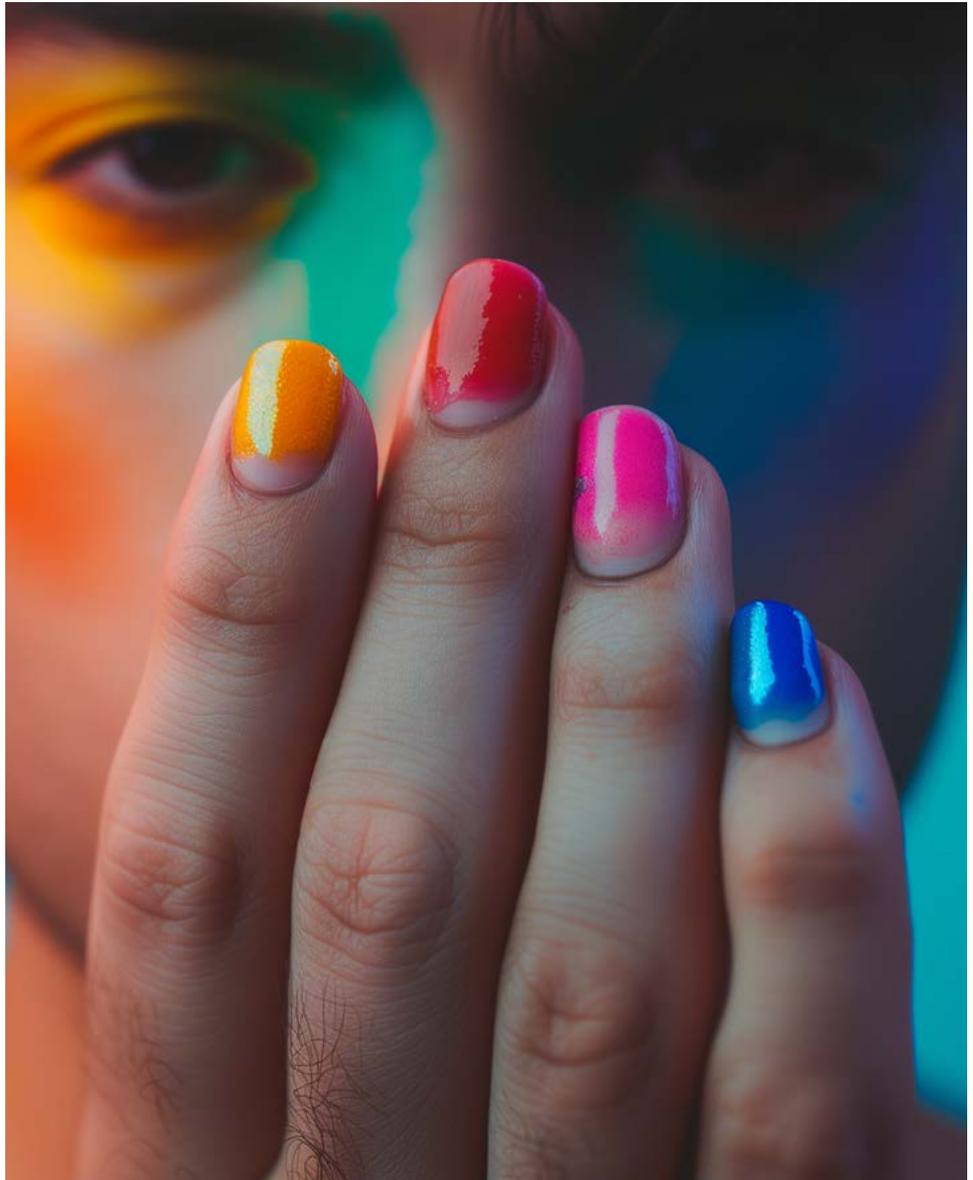
CDU und FDP für Gendern

Eine Ablehnung durch Rot-Grün war anzunehmen und klar, aber auch CDU und FDP lehnten die Anträge ab. Und das, obwohl sie plötzlich die Anti-Gender-Volksinitiative begrüßten. Das Plenarprotokoll zum AfD-Antrag im Jahre 2018 gibt Aufschluss darüber, was die CDU-Abgeordnete sagte: „Fakt ist jedenfalls, dass Ihnen die Themen auszugehen scheinen und dass wir Ihren Antrag ablehnen werden.“ Die FDP sprach von einer „kruden Sicht auf die Welt“. Und wei-

ter: „Eine kategorische Abschaffung geschlechtergerechter Sprache lehnen wir daher ab.“

Verlogen und heuchlerisch

Auch im Mai 2021 lehnte die CDU den AfD-Antrag mit folgender Begründung ab: „Mit diesem Antrag weigern Sie sich einfach, den gesellschaftlichen Wandel anzuerkennen. Dass Hamburgs Behörden sich respektvoll ausdrücken, daran sollten wir nicht rütteln. Dieser Respekt drückt sich in unserer Zeit auch im Gendern aus.“ Hier wird deutlich: CDU und FDP sind durch die Bank einfach nur verlogen. Und das erkennen die meisten Bürger auch.



Zahlen statt Worte



Fast 500 Mal

kommt der Genderstern (*) im Hamburger Koalitionsvertrag von SPD und Grünen vor.

Quelle: Koalitionsvertrag



40 „Diverse“

sind in Hamburg registriert, das sind 0,00204 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Quelle: Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage (Drucksache 22/15680)



Mit 130.000 Euro

wurden sechs Filmprojekte gefördert. Darunter „Clownesse“ – eine feministische Doku-Fiction über das Leben zeitgenössischer „Clowninnen“. Und der Film „Ich kann unsichtbar sein“ über einen 40-jährigen Transmann.

Quelle: AfD-Fraktion Hamburg



Über 22 Lehrstühle

an den staatliche Hamburger Universitäten beschäftigen sich schwerpunktmäßig oder teilweise mit „Gender“.

Quelle: Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage (Drucksache



Eine 4/5-Mehrheit

lehnt laut einer Umfrage bundesweit das „Gendern“ ab.

Quelle: Umfrage des Marktforschungsinstituts YouGov



522.000 Euro

werden durch die Ampel-Bundesregierung zum „Kapazitätsaufbau und Gender-Training“ für Sozialarbeiter in China ausgegeben.

Quelle: Bild.dev



Mit 53,6 Millionen Euro

fördern die deutschen Steuerzahler bis 2026 „klimafreundliche Kochtechnologien“ in Kenia und Senegal.

Quelle: Bild.de



Bis zum Jahre 2028

sind insgesamt 21 Millionen Euro für „gendertransformative Ansätze“ zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Kamerun verplant.

Quelle: Bild.de

Im Interview mit Dieter Stein: „Gendern Sie einfach nicht!“

Die Uns Hamburg-Redaktion hat mit dem Chefredakteur der Jungen Freiheit ein Interview über die Gefahren des Genderns geführt.

Redaktion: Herr Stein, Sie sind Chefredakteur der Wochenzeitung Junge Freiheit, die schon früh vor den Gefahren der Gendersprache gewarnt hat. Was ist daran so problematisch?

Dieter Stein: Tatsächlich haben wir schon vor mehr als 10 Jahren vor der Genderideologie gewarnt. Hinter der Gendersprache, die viele Hamburger vielleicht nur für etwas „gaga“, also etwas verrückt halten, steckt nämlich – wie so oft bei den Linken – eine komplette Ideologie, die auf die Umerziehung der Menschen und die Umgestaltung der Gesellschaft abzielt.

Redaktion: Was haben Binnen-I und Gender-Sternchen mit Umerziehung zu tun?

Dieter Stein: Bei der Sprache fängt es an. Bei Genderstern, Binnen-I, Genderlücke und der Behauptung, dass es beliebig viele Geschlechter gibt, geht es nicht – wie häufig missverstanden wird – um die Gleichberechtigung oder Emanzipation von Frauen. Darüber gibt es ja keinen Streit. Vielmehr geht es bei der Genderideologie um die Infragestellung der biologischen Geschlechter und der natürlichen Familie. Dahinter steckt die uralte linke Utopie, dass die Biologie, die Natur des Menschen, keine Rolle spielt und dass er beliebig sozial geprägt werden kann. Ein uralter Traum aller Sozialisten.

Redaktion: Was hat das jetzt mit dem Geschlecht zu tun?

Dieter Stein: Aus Sicht der Genderanhänger ist ein Junge nur deshalb ein Junge, weil er seit frühester Kindheit so erzogen wurde. Gleiches gilt für Mädchen. Die Genderbefürworter meinen, dass diese Kinder nur eine Rolle lernen



und darbieten. Die Biologie, die Natur der Kinder, soll nach dieser Genderideologie überhaupt keine Rolle spielen. Daraus folgt dann aus Gendersicht: Es kann beliebig viele Geschlechter geben – manche sprechen von 80 und mehr Geschlechtern, die frei wähl- und wechselbar sein sollen.

Redaktion: Und da gibt es Leute, die das tatsächlich glauben?

Dieter Stein: „Glauben“ ist ein gutes Stichwort. Tatsächlich haben die linken Sozialwissenschaftler aus dieser Genderideologie schon fast sowas wie eine Gender-Religion gemacht. Und wer es auch nur wagt, an deren Glaubenssätzen zu zweifeln, der ist ein Ewiggestriger, ein Reaktionärer, ein Fortschrittsverweigerer oder – aus deren Sicht wohl das schlimmste – ein AfD-Wähler.

Redaktion: Die Angehörigen dieser linken Subkultur an den Unis, im öffentlichen Dienst und den Medien glauben also an die Gender-Ideologie. Aber wie sieht das bei den ganz normalen Leuten aus?

Dieter Stein: Jeder, der Kinder hat, weiß, dass diese Gendertheorie mit ihren beliebig vielen Geschlechtern völliger Unsinn ist. Und alle anderen, die nur etwas gesunden Menschenverstand haben, wissen das auch.

Redaktion: Aber wie kann es dann sein, dass sich die Gendersprache so ausgebreitet hat? Nachrichtensprecher lesen ihre Meldungen im Fernsehen mit Genderlücke vor. Behörden-Formulare werden gegendert. Wissenschaftliche Arbeiten müssen gegendert werden, sonst droht Punktabzug.

Dieter Stein: Man hat die Menschen bewusst getäuscht. Natürlich war den Genderideologen klar, dass sie es viel schwerer mit der Durchsetzung ihrer Ideologie haben, wenn sie den Menschen sagen: Wir wollen eure Kinder, eure Familien und letztlich die ganze Gesellschaft umkrepeln. Deshalb haben sie das anders verpackt. Sie haben gesagt: Bei Gender geht es um die Gleichberechtigung der Geschlechter. Wer will da schon gegen sein?! Ein weiterer Punkt kommt noch dazu:

Die Gendersprache ist eine künstliche linksliberale Eliten-Sprache. Wer also im linken und linksliberalen Establishment etwas zählen will, der muss gendern.

Redaktion: Die Gendersprache als linke Eliten-Sprache. Was sagt denn der ganz normale Bürger dazu?

Dieter Stein: Haben Sie beim Joggen an der Alster schon mal jemanden gendern hören? Haben Sie in der Hamburger U-Bahn oder im Bus schon mal jemanden gendern hören? Haben Sie an der Supermarktkasse schon mal jemanden gendern hören? Nein? Eben. Die ganz normalen Menschen gendern nicht – oder höchstens dann, wenn man sie dazu zwingt, beispielsweise bei Behörden oder in der Uni. Im Dezember 2023 hat eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey für T-Online gezeigt: Mit 80 Prozent lehnt die große Mehrheit der Deutschen ab 18 Jahren Gendern ab. Lediglich 14 Prozent befürworten für sich persönlich das Gendern, 6 Prozent sind unentschieden.

Nebenbei ist das Gendern auch im Grunde ein zutiefst asoziales, arrogantes Oberschichtenprojekt. Zugewanderte, die mühsam um den Erwerb der deutschen Sprache kämpfen und Menschen, die aus bildungsfernen Schichten kommen, werden durch dieses schnöselige, unverständliche Gendern aus dem leicht verständlichen Diskurs ausgeschlossen. Es ist wie eine soziale Markierung, wer oben und wer unten steht.

Redaktion: Und wie reagiert die Politik?

Dieter Stein: Die AfD war ja wohl schon immer gegen die Genderideologie und -sprache, wenn ich Ihr Programm richtig kenne. Damit vertreten sie eindeutig die Mehrheit der Deutschen. Grüne, SPD, Linke und Co. hängen am Gendern und werden jetzt vermutlich noch aggressiver versuchen, ihren Willen gegen die Bürger durchzusetzen. Typisch: Wenn der Bürger nicht will, dann muss er eben mit allen Mitteln umerzogen werden. Und die Union schwankt noch: Manche CDU-Politiker haben ihren Kurs unter dem

Druck der Meinungsumfragen schon korrigiert. So hat der CSU-Ministerpräsident Markus Söder in Bayerns Schulen, Hochschulen und Behörden die Verwendung von gegenderten Formulierungen ausdrücklich verbieten lassen. Für einen Kurswechsel braucht es letztlich breitere Mehrheiten.

Redaktion: Was können die Bürger gegen die Gender-Ideologie tun?

Dieter Stein: Gendern Sie einfach nicht! Wenn 80 bis 90 Prozent der Bürger die Gendersprache einfach nicht benutzen, dann machen sich die übrigen 10 bis 20 Prozent mit ihrer erfundenen Kunstsprache lächerlich. Schauen Sie keine Sendungen im Fernsehen und hören Sie keine Radiosendungen, bei denen gegendert wird. Beschweren Sie sich per Leserbrief bei Ihrer Tageszeitung über gegenderte Artikel. Gendern die linken Journalisten weiter, kündigen Sie das Abo. Beim Berliner Tagesspiegel hat das vor einigen Monaten gewirkt. Und in Hamburg: Stimmen Sie für das Volksbegehren „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“. Gegen linke Umerziehung hilft auch immer: viel Lesen! Vier Bücher empfehle ich zum Thema: „GenderGaga“ und „Noch normal? Das lässt sich gendern!“ von Birgit Kelle, „Gender – politische Geschlechtsumwandlung“ von Volker Zastrow und „Die geleugnete Natur: Warum die Gendertheorie in die Irre führt“ von Abigail Favale.

Redaktion: Wir danken Ihnen vielmals für das gehaltvolle Gespräch, Herr Stein!

Dieter Stein ist **Chefredakteur** der Wochenzeitung **Junge Freiheit**. Im Jahr 1986 in Freiburg im Breisgau gegründet, hat die JF ihren Verlags-sitz heute in Berlin.

Sie beschäftigt 50 Mitarbeiter und erreicht in gedruckter Form wöchentlich 30.000 Leser. Die Internetseite **jungefreiheit.de** wird monatlich vier bis fünf Millionen Mal aufgerufen.



Dirk Nockemann

Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Verkehr, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

[facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/](https://www.facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/)

dirk.nockemann@afd-hamburg.de



Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss,
Kultur- und Medienausschuss, Parl. Untersuchungsausschuss "Cum-Ex"

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,
Schule, Bauen und Stadtplanung, Kultur, Jagd, Fischerei

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

[facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/](https://www.facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/)

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,
Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der
Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Wirtschaft, Wissenschaft, Verfassung, Hafen
Digitales, Europa, Antidiskriminierung, Innovation,
Tourismus, Medien, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen,
Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Soziales, Öffentliche Unternehmen, Sport

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de



Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:
Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Energie, Gesundheit, Haushalt, Umwelt, Behinderte, Datenschutz,
Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/

www.facebook.com/thomas.reich.afd

thomas.reich@afd-hamburg.de



Detlef Ehlebracht

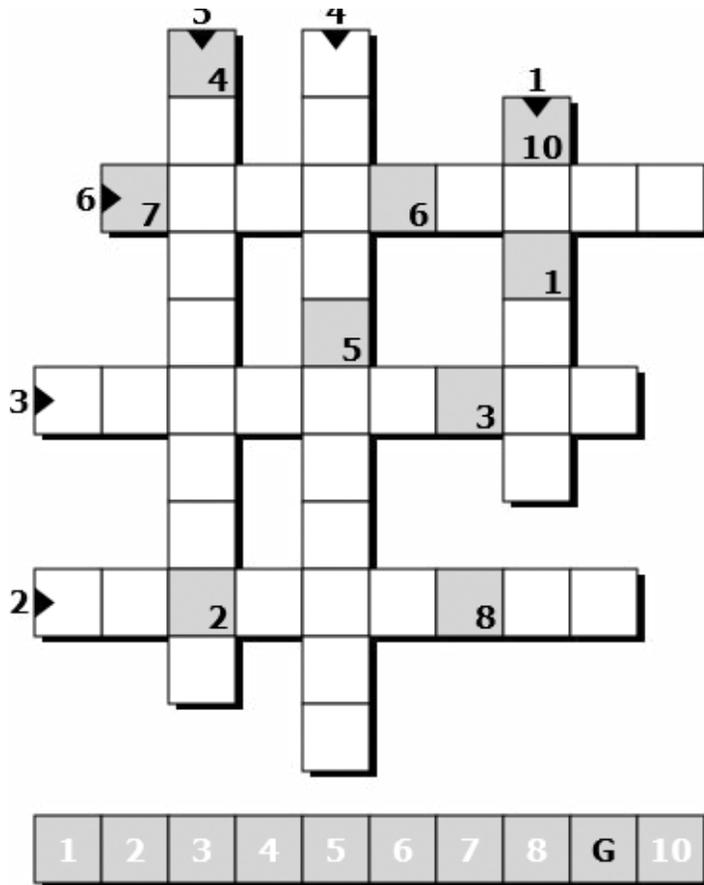
Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss

D_Ehlebracht@outlook.de

Machen Sie mit beim wahnsinnigen Gender-Kreuzworträtsel!

Gewinnen Sie zwei Abendessen für jeweils zwei Personen mit einem Überraschungsgast!



1. Fisch fangende Person
2. Müll entsorgende Person
3. Ehemalige Kriegsteilnehmende
4. Brustmilch
5. Mensch mit Diabetes
6. Betreibende eines Gastronomiebetriebs

Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der

1. Oktober 2024.

Unter den richtigen Einsendern

entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist
ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Auf den Seiten 1 und 2 befinden sich
Darstellungen, die unter Zuhilfenahme
künstlicher Intelligenz generiert worden
sind.

Impressum

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

Redaktionsschluss:

31. Juli 2024

Verantwortlich im Sinne des Presse-

rechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über
die Arbeit der AfD-Bürgerschafts-
fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwer-
bezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der
AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren
Newsletter:

afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831-2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

info@afd-fraktion.hamburg.de

afd-fraktion-hamburg.de

facebook.com/afd.fraktion.hamburg

twitter.com/AfD_Fraktion_HH

youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

instagram.com/afd.fraktion.hamburg/



Eintragungsformular zur Briefeintragung

für das Volksbegehren: „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“
vom 8. August 2024 bis zum 28. August 2024
(Die Briefeintragung beginnt bereits am 18. Juli 2024)

Bezirksamt Hamburg-Nord
Briefeintragungsstelle
Kümmellstraße 7
20627 Hamburg

— Mit diesem Eintragungsformular können Sie am oben genannten Volksbegehren durch Briefeintragung teilnehmen.

Bitte tragen Sie nachfolgend Ihre Personendaten ein:

Familienname	Vorname(n)	Geburtsjahr	Straße und Hausnummer	Postleitzahl und Ort

1. Mit meiner Unterschrift unterstütze ich das Volksbegehren „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“

Die Vertrauenspersonen der Initiatoren sind: Herr Dr. Hans Kaufmann, Herr Dr. Jens Jeep und Frau Anja Oelkers.

Jeweils zwei der genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben: Sie dürfen die Durchführung des Volksentscheids beantragen (§ 18 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 VAbstG); sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 18 Absatz 3 Satz 1 VAbstG); sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 19a Absatz 1 VAbstG). Sie sind berechtigt, für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen, dass das Volksbegehren zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 VAbstG); ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung dem Anliegen des Volksbegehrens entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

2. Ich versichere an Eides statt, dass ich

persönlich unterschrieben habe

oder als **Hilfsperson** gemäß dem erklärten Willen der eintragungsberechtigten Person gekennzeichnet habe.

Datum X _____
Unterschrift der eintragungsberechtigten Person X _____

Datum X _____
Unterschrift der Hilfsperson ² X _____

Angaben der Hilfsperson in Blockschrift

Vor- und Familienname der Hilfsperson
Straße, Haus-Nr.
PLZ, Wohnort

- 1 Auf die Strafbarkeit einer falsch abgegebenen Versicherung an Eides statt wird hiermit hingewiesen.
- 2 Eintragungsberechtigte Personen, die nicht lesen können oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung gehindert sind, dieses Eintragungsformular zu kennzeichnen, können sich der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfsperson muss das 16. Lebensjahr vollendet haben. Sie hat die „Versicherung an Eides statt“ an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterzeichnen. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie durch die Hilfeleistung bei der Wahl der gehinderten Person erlangt hat.